

**Einladung zur Medienkonferenz der jungfreisinnigen kanton bern jfbe  
vom Mittwoch, 7. Mai 2008**

## **Jugendgewalt – die Forderungen der Jungfreisinnigen**

Sehr geehrte Medienschaffende

Immer wieder machen exzessive Gewalttaten Jugendlicher Schlagzeilen – auch im Kanton Bern. Die Entwicklung ist beängstigend und darf uns nicht in Ruhe lassen. Als Jungpolitiker sehen wir uns veranlasst, diese Thematik vertieft anzuschauen. Anlässlich unserer Medienkonferenz stellen wir Ihnen gerne unsere Forderungen zum Thema vor.

Die Medienkonferenz findet statt am

**Mittwoch, 7. Mai 2008, 17.00 bis 17.30 Uhr**  
**Schulanlage Wilderswil, Schulhausplatz**

Es referieren:

**Christian Wasserfallen**

Nationalrat Jungfreisinnige, Bern

**Simon Hofstetter**

Präsident Jungfreisinnige Kanton Bern, Signau

**Patrick Minder**

Präsident Jungfreisinnige Thunersee, Oberhofen

**Daniel Dunkelmann**

Vizepräsident Jungfreisinnige Thunersee, Spiez

Wir freuen uns, Sie an unserer Medienkonferenz begrüßen zu dürfen.

Bei Rückfragen erreichen Sie uns unter 079 212 70 11 (Simon Hofstetter).

Mit li(e)beralen Grüssen

*jungfreisinnige kanton bern*

## **Jugendgewalt: Mehr Sicherheit durch höhere Polizeipräsenz, raschere Eingriffe und mehr Prävention**

=====  
Medienmitteilung zur Medienkonferenz vom 7. Mai 2008

**Die Jungfreisinnigen Kanton Bern jfbe sind besorgt über die hohe Zahl der von Jugendlichen verübten Gewalttaten. Sie fordern deshalb eine erhöhte sichtbare Polizeipräsenz, neuen rechtlichen Handlungsspielraum für Polizei und Justiz bei schweren Krawallen sowie verstärkte Bemühungen im Bereich der Gewaltprävention.**

Die Zahl der durch Jugendliche verübten Gewalttaten und Krawalle ist besorgniserregend. Einzelne jugendliche Gewalttäter riskieren mit ihren Übergriffen schwere Verletzungen oder gar das Leben anderer.

Als Jungpartei erachten wir es als unsere Pflicht, uns gerade in solchen Fällen zu Wort zu melden. Im Wissen um die Komplexität des Themas verfallen wir nicht in hysterischen Aktivismus, sondern fordern gezielt Massnahmen in drei Bereichen:

### **1. Sicherheit durch vermehrte sichtbare Polizeipräsenz steigern**

Die Polizeikorps im Kanton Bern arbeiten in der Regel über ihrem Limit; für wichtige Einsätze stehen meistens zu wenig Finanzen und Personal bereit. Die Synergieeffekte aus der Fusion der einzelnen Polizeikorps mit der Kantonspolizei sind zu nutzen, um Frontstellen zu schaffen.

### **2. Neue rechtliche Möglichkeiten für Polizei und Justiz**

Immer wieder werden angebliche ‚Fans‘ von Sportclubs in und um Stadien massiv gewalttätig. Wir unterstützen die Forderung von Sportfunktionären nach Schnellrichtern, um Übeltäter sofort herauszupicken und direkt vor Ort härtere Sanktionen aussprechen zu können.

Zudem fordern wir die flächendeckende Einführung eines Entfernungartikels, um Randalierer anlässlich von unbewilligten Demonstrationen wegweisen oder – bei Nichtbefolgen der Wegweisung – mitnehmen und büssen zu können.

### **3. Verstärkte Prävention**

Nicht zuletzt ist zur Eindämmung der Jugendgewalt verstärkte Präventionsarbeit vonnöten. Im Rahmen der Schule, mit einem polizeilichen Jugenddienst oder aber mit der Unterstützung von Jugendprojekten wie „Respect and Tolerance“ kann frühzeitig auf das Thema hin sensibilisiert werden.

### **Kontakt:**

Christian Wasserfallen, Nationalrat  
078 648 39 71

Simon Hofstetter, Präsident jfbe  
079 212 70 11

Patrick Minder, Präsident jf thunersee  
079 785 45 61

## Dossier: Jugendgewalt – die Forderungen der Jungfreisinnigen

### Einleitung

Es vergeht kaum eine Woche, in welcher nicht von Berichten über Krawalle oder Gewalttaten, die durch Jugendliche verübt wurden, die Rede ist. Zu erinnern ist gerade an die Ausschreitungen rund um einige Fussballspiele der Super League vom vergangenen Wochenende, an die Krawalle anlässlich der 1. Mai-Feiern sowie zahlreiche offensichtlich unmotivierte Gewaltübergriffe auf Passanten in unseren Städten. Weitere Beispiele gäbe es genug.

Von verschiedensten politischen Seiten ist nun eine gewisse Hyperaktivität zu beobachten, es wird geradezu der Teufel an die Wand gemalt.

In diese Stimmung wollen wir nicht einsteigen, denn es gilt genau hinzuschauen und zu differenzieren:

Gewalttaten sind schweizweit nicht zahlreicher geworden, jedoch hat die Schwere der Fälle deutlich zugenommen: Wer Feuerwerkskörper in Fangruppen des gegnerischen Teams wirft, wer als verummter Demoteilnehmer schwere Wurfgeschosse gegen Polizeieinheiten schleudert und wer an Wochenenden grundlos vorbeigehende Passanten anfällt und verprügelt, riskiert bewusst schwere Verletzungen oder greift sogar Menschenleben an. Solche Gewalttaten werden in häufigen Fällen von Jugendlichen, d.h. jungen Erwachsenen oder sogar Minderjährigen, begangen (vgl. bernische Polizeistatistik).

Wir erachten es als Pflicht einer Jungpartei, sich gerade in solchen Fällen zu Wort zu melden. Wir tun dies nicht mit einem übertriebenen Aktivismus, sondern anhand von drei spezifisch ausgewählten Bereichen, in welchen wir Handlungsbedarf sehen.

### 1. Sicherheit durch vermehrte sichtbare Polizeipräsenz steigern

Christian Wasserfallen, Nationalrat Jungfreisinnige, Bern

#### **Ausgangslage: Zuwenig Polizeikräfte**

Nach wie vor ist die Zahl der Polizeikräfte in der Schweiz gering. Während in Italien auf 1'000 Einwohner 4,7 Polizisten zu stehen kommen (Frankreich: 3,8; Österreich: 3,4), so sind es in der Schweiz lediglich 1,9. Es sind insgesamt rund 3'000 Polizistinnen und Polizisten für die polizeiliche Grundversorgung notwendig.

Unter anderem beim Korps der ehemaligen Stadtpolizei Bern (StaPo) hat sich aus diesem Grund eine massive Anzahl von Überstunden angesammelt – die Situation hat sich seither nicht verbessert. Bei Grossereignissen (Demos, Sportanlässe, etc.) ist jeweils nur ein Minimum an Polizeikräften rekrutierbar (Negativbeispiel: SVP-Kundgebung vom 6. Oktober 2007).

**Forderungen:** - Auf Bundesebene soll eine **nationale Strategie für eine ausreichende Grundversorgung** mit Polizeikräften erarbeitet werden.

- Im Kanton Bern hat sich das neue **Konzept mit der Einheitspolizei „Police Bern“ zu bewähren**, allenfalls sind Korrekturen anzubringen.

- In der Stadt Bern sind die **Synergieeffekte** aus der Fusion der StaPo mit der Kantonspolizei zu nutzen, um Frontstellen zu schaffen.

## 2. Neue rechtliche Möglichkeiten für Polizei und Justiz

Simon Hofstetter, Kantonalpräsident Jungfreisinnige, Signau

### ***Ausgangslage 1: Hooliganismus / „Ultras“***

Gegen fünfzig Personen sind am vergangenen Wochenende bei Ausschreitungen rund um die Fussballstadien in Basel und Bern verletzt worden. Anhänger eines Zürcher Fussballclubs haben Feuerwerkskörper direkt in die Ränge der gegnerischen Fans geworfen – das ist nichts anderes als Angriffe auf Menschenleben.

**Forderung:** Wir unterstützen deshalb die Forderung von Sportfunktionären nach **Schnellrichtern**. Diese erhalten die Erlaubnis, Übeltäter sofort herauszupicken und die entsprechende Sanktion direkt vor Ort auszusprechen – eine Sanktion übrigens, die durchaus härter ausfallen kann als die heute üblichen Geldstrafen. Die Massnahme der Schnellrichter hat sich in England bewährt, es gilt, sie auch hierzulande zu testen.

### ***Ausgangslage 2: Krawalle anlässlich von unbewilligten Demonstrationen***

Immer wieder machen sich jugendliche Randalierer einen Spass daraus, anlässlich von unbewilligten Demonstrationen – oder im Nachgang zu bewilligten Kundgebungen – neuralgische Stellen in Schweizer Städten anzugreifen und zu verwüsten. Die meist jugendlichen Täter (an der vergangenen 1. Mai-Feier in Zürich waren ein Drittel der Verhafteten Minderjährige) schätzen es offenbar, in der Masse der Chaoten mitzuschwimmen und mit der Polizei ein Katz- und Maus-Spiel durchzuziehen. Es soll niemand behaupten, solche Taten seien in irgendeiner Art und Weise inhaltlich oder gar politisch motiviert. Sie sind schlicht idiotisch und verhöhnern staatsbürgerliche Verantwortung in höchstem Masse. Die Ordnungskräfte haben jedoch vielerorts nach geltendem Recht zu wenig Möglichkeiten, diesem Treiben rechtzeitig ein Ende zu setzen.

**Forderung:** Wir fordern deshalb eine flächendeckende Einführung eines **Entfernungsartikels**. Demnach kann die Polizei bei unbewilligten Demonstrationen das Verlassen des Rayons in kurzer Zeit anordnen, bei Nicht-Folgeleisten werden die fehlbaren Personen mitgenommen und gebüsst. Ein solches Präventivmittel ist angesichts der unhaltbaren Situationen dringend notwendig.

Die Stadt Bern debattiert Mitte Mai über die Einführung eines solchen Artikels. Wir rufen alle politischen Kräfte dazu auf, einem solchen zuzustimmen.

### 3. Prävention von Jugendgewalt

Patrick Minder, Präsident Jungfreisinnige Thunersee, Oberhofen

Daniel Dunkelmann, Vizepräsident Jungfreisinnige Thunersee, Spiez

**Ausgangslage:** Seit Anfang der 90er Jahre sind die Anzahl der Delikte im Bereich Körperverletzung, Raubdelikte und Sittlichkeitsdelikte, welche durch Jugendliche bis 17 Jahre im Kanton Bern verübt wurden kontinuierlich gestiegen (police.be - Kriminalstatistik 2007). Pauschale Zuweisungen, dass Jugendstraftaten nur durch Jugendliche mit Migrationshintergrund verübt werden entsprechen nicht der Realität. Zwar sind Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional in den Statistiken wiederzufinden, jedoch darf man die Deliktanfälligkeit nicht auf einzelne Aspekte wie Nationalität, Religion oder soziale Zugehörigkeit reduzieren.

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass zahlreiche erzieherische Aufgaben an die Schule übertragen wurde, welche ursprünglich Aufgaben der Eltern waren. In der Schule sind die Jugendlichen aber mit zahlreichen kulturellen und sozialen Konfrontiert und es ist fraglich, inwieweit die Schule der richtige Ort ist diese erzieherische Aufgaben zu übernehmen. Die Schulen sollten daher im Rahmen ihres Bildungsauftrages Möglichkeiten erhalten disziplinarische Massnahmen gegen Jugendliche zu ergreifen, welche den Bildungsauftrag behindern. Ebenso ist eine Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Fachkräften im Rahmen der Prävention von Rassismus und Gewalt wünschenswert.

Ein erschwerender Faktor der ganzen Problematik ist der exzessive Konsum von Alkohol und Drogen. Es ist bedauerlich wie leicht – obwohl ein Jugendschutzgesetz besteht – Jugendliche an Alkohol und Drogen kommen. Es ist daher wichtig, dass sowohl Eltern wie auch Gewerbetreibende in die Pflicht genommen werden. Ebenso ist es wichtig, dass gerade die Städte ihre Kultur- und Gewerberaum so planen, dass auch Jugendliche die Möglichkeit erhalten ihre Bedürfnisse in einem geeigneten Raum auszuleben.

**Forderungen: - Neuer Jugenddienst für die Kantonspolizei!** Wir fordern deshalb, dass ein Jugenddienst der Kantonpolizei – nach dem Vorbild des Jugenddienstes der Kantonpolizei Zürich – gegründet wird, welcher sich sowohl mit der Aufklärung wie mit der Prävention jugendspezifischer Straftaten beschäftigt. Gerade bei jungen Straftätern ist es wichtig, dass das die Ermittlungen durch erfahrene Beamte geführt werden, damit die „Gewaltspirale“ durchbrochen werden kann.

- **Die Schule hat einen Bildungsauftrag!** Die Erziehung der Kinder ist primär Aufgabe der Eltern. Die Schulen haben primär die Aufgabe den für den Wirtschaftsstandort Schweiz zentralen Produktionsfaktor Wissen zu vermitteln. Die Schule nimmt aber eine wichtige Rolle im Rahmen der Integration von fremdsprachigen Kindern und in der Prävention von Gewalt ein.

- **Förderung privater Präventionsprojekte**

Nicht zuletzt gilt es, private und ehrenamtliche Projekte zu unterstützen, die sich im Bereich der Gewaltprävention engagieren. Das Projekt „Respect and Tolerance“ beispielsweise, initiiert durch Jungpolitiker verschiedener Couleur, betreibt wichtige Präventionsarbeit direkt mit den Jugendlichen.

Die vorhergehenden Ausführungen sind lediglich einen kurzen Einblick in einige ausgewählte Aspekte des Problems Jugendkriminalität. Wir sind deshalb der Überzeugung, dass ein derart vielschichtiges Problem wie Jugendkriminalität nicht durch einzelne Massnahmen lösbar ist. Vielmehr ist ein Konzept, welches Massnahmen der Prävention, der Intervention und der Repression beinhaltet notwendig.